67. Jahrgang

Anzeigen-Preis:
Die 10gespalt. Zeile 5.— M., Reklamenteil 25.— M.
Stellungsgesuche 3 Mark

Als besondere Beilagen erscheinen: Einschreibe-Kalender, Allgemeine Verlosungslisten mit Restanten, Ziehungslisten der Preussischen-Süddeutschen Klassenlotterie und viele andere tabellarische Ueberseichten.

Die Zeitung erscheint in der Woche zweimal

Zuschriften an die Geschäftsstelle direkt erbeten

Berliner Börsen-Zeitung

Abend-Ausgabe

Nummer 492.

Bezugs-Preis:
Vierteljährlich 42.— Mark, monatlich 15.— Mark, bei allen Postanstalten des Deutschen Reiches, Deutsch-Oesterr., des tschechoslowak. Staates, Ungarn, Luxemburg, Schweiz, Niederlande, Dänemark, Schweden, Norwegen u. Bulgarien. Für das übrige Ausland ist der Bezug nur unter Streifband mit dem nötigen Porto-Aufschlag durch die Expedition dieser Zeitung zulässig.

Bestellungen werden außerdem angenommen bei sämtlichen Zeitungsspeditoren und unserer Geschäftsstelle

Telegramm-Adresse: -Börsenkrone- | Fernspr. d. Schriftlig.: Zentrum 243 u. 12352 | Schriftleitung u. Geschäftsst.: W 8, Kronenstraße 37 | Dienstag, 25. Oktober 1921 | Fernspr. d. Druckerei: Zentrum 2488 | Postscheck-Konto: Berlin 26412 | Einzel-preis 50 Pf.

Die Gefangennahme Karls.

EE Wien, 24. Oktober.

Durch eine Sonderausgabe der „Neuen Freien Presse" wurde hier in den Abendstunden die Nachricht bekannt, daß Exkaiser Karl und seine Gemahlin in der Nähe von Pomorn von ungarischen Regierungstruppen gefangen genommen wurden. Eine Anzahl aufständischer Truppen, die zu ihrer Bedeckung dienten, wurde ebenfalls gefangen genommen. Bei der hiesigen ungarischen Gesandtschaft war diese Nachricht zwar noch nicht bekannt, doch wird sie auch von ungarischen Telegraphen- und Korrespondenzbureaus in folgender Form bestätigt: Nach einem neuen Gefecht wurden die Aufrührer zerstreut. Die Garden, die mit der Sicherheit des Königs betraut waren, flüchteten, und der König geriet in die Hände der Regierungstruppen, die ihn in höflichster Form dem Obersten Simonfalvy übergaben. Die Regierung hat gegen den Grafen Andrassy, gegen Dr. Graz, Oberstleutnant Lehar, Friedrich und die übrigen Führer der Bewegung Haftbefehle erlassen. Wie verlautet, soll Graf Andrassy bereits verhaftet sein. Gegenwärtig finden Beratungen zwischen der Regierung und den Vertretern der Entente in Budapest statt, zu denen auch Diplomaten der Kleinen Entente geladen wurden, die sich mit dem Schicksal des früheren Kaisers befassen will.

Internierung im Schloß Totis.

Budapest, 24. Oktober.

König Karl und Königin Zita befinden sich zurzeit unter Bewachung auf Schloß Totis (Tata).

Eine Proklamation Horthys.

Budapest, 25. Oktober.

Der Reichsverweser Horthy richtete folgende Proklamation an die ungarische Nation:

„Ungarn durchlebte entscheidende Stunden. Gewissenlose Individuen verführten den König Karl, sodaß er zwecks Ausübung der Macht überraschenderweise nach Ungarn zurückkehrte, obwohl sie die drohenden Gefahren des Bürgerkrieges, fremder Besetzung und Vernichtung des Landes vorhersehen mußten. Auf die traditionelle Königstreue des ungarischen Volkes rechnend, sollten sie den Plan durch Ueberraschung durchführen. Dank der freien Nationalarmee und der Nüchternheit des ungarischen Volkes scheiterte der Plan, welcher für Ungarn verhängnisvoll hätte werden können. Viele der Irregeführten kehrten auf die richtige Bahn der Pflichterfüllung zurück. Die Ausdrücke wärmsten Dankes und der Anerkennung allen denjenigen, die neben mir treu ausharrten und aushalten, um das Vaterland zu retten! Besondere Anerkennung gebührt der unmittelbar betroffenen Bevölkerung jenseits der Donau, die Ruhe und Nüchternheit bewahrte, ebenso der Bevölkerung Budapests und namentlich der Arbeiterschaft, deren patriotische Haltung die Sicherung der Ordnung in jeder Weise erleichterte. Ich bin überzeugt, daß unter der Einwirkung dieser Ereignisse alle Bürger des schwergeprüften Landes ihre Uneinigkeiten, persönliche und Klasseninteressen zurückstellen und wie ein Mann das Interesse des Vaterlandes verteidigen werden.

Eine Erklärung Lloyd Georges.

London, 24. Oktober.

Lord Curzon beriet heute mit dem Staatssekretär für Krieg Worthington Evans und mit Churchill über die Lage in Ungarn.

Lloyd George teilte im Unterhause mit, daß die alliierten Regierungen sich der Wiedereinsetzung eines Mitgliedes der Dynastie Habsburg nach wie vor energisch widersetzen. Die ungarische Regierung habe mitgeteilt, daß sie dem Wunsche der alliierten Regierungen nachkomme und die notwendigen Schritte getan habe, um die Auswäsung Karls aus Ungarn sicherzustellen.

Die Tschechoslowakei und die ungarische Frage.

TU Prag, 25. Oktober.

Im Auswärtigen Ausschuß beantwortete Ministerpräsident Dr. Benesch die Interpellation über Ungarn und erklärte, die Tschechoslowakei habe alle militärischen und diplomatischen Maßnahmen getroffen, um die monarchistische Reaktion zu bekämpfen. Trotzdem sei sie bemüht, den Konflikt noch friedlich zu liquidieren. Die Tschechoslowakei wolle die definitive Lösung der Habsburger Frage und die restlose Erfüllung der Friedensverträge, die Abrüstung Ungarns und verlange unbedingt, daß die bisherige ungarische Politik geändert werde, da sie nicht vertrauenswürdig sei. Die Tschechoslowakei gehe einig mit ihren Verbündeten vor und sorge für die rasche Lösung der ungarischen Frage.

Italiens Interventionen.

EE Paris, 25. Oktober

Ein hoher Beamter des italienischen Außenamtes erklärte dem Vertreter des „Petit Journal", Italien habe wegen der Restaurationsversuche der Habsburger dreimal auf diplomatischem Wege interveniert. Bereits im September war die Konsulata darüber unterrichtet worden, daß die ungarischen Legitimisten eine erhöhte Tätigkeit entfalteten, worauf Italien die Aufmerksamkeit der Schweizer Regierung richtete. Damals wurden vom Schweizer Bundespräsidenten gewisse Garantien verlangt, und Karl gab sein Ehrenwort, daß er ohne vorherige Verständigung den Schweizer Boden nicht verlassen werde. Vor einigen Tagen erfolgte ein zweiter diplomatischer Schritt. Bevor die italienische Regierung noch die Bestätigung erhielt, daß Karl ins Burgenland gekommen sei, telegraphierte sie an die Regierungen der vörvoßen und der Kleinen Entente, daß Italien sich mit allen Mitteln jedem Versuch, einer Wiedereinsetzung der Habsburger widersetzen wolle. Gleichzeitig lud Italien Jugoslawien, die Tschechoslowakei und Rumänien ein, ihre Verpflichtungen zu erfüllen und allen etwendigen Maßnahmen zu ergreifen. Bevor die Nachricht von der Ankunft Karls in Ungarn bestätigt wurde, erhielt der italienische Geschäftsträger in Budapest, Graf Vinci, den Auftrag, eine englisch-französisch-italienische Demarche zu veranlassen, um die ungarische Regierung aufzufordern, mit allen Mitteln den Erfolg Karls zu verhindern.

Dasselbe Blatt meldet aus Rom, daß der französische Geschäftsträger Charles Riour beim Marchese della Toretta vorsprach und ihm offizielle Erklärungen abgab, Frankreich werde sich Italien und der Kleinen Entente anschließen und in keinem Fall eine Wiedereinsetzung der Habsburger begünstigen. Er fügte hinzu, daß man die offizielle Haltung Frankreichs mit dem Vorgehen gewisser auswärtiger unkontrollierbarer Kreise nicht verwechseln dürfe.

Die „Große Koalition" vorläufig gescheitert.

Die Ablehnung der Deutschen Volkspartei.

☞ Die gestrigen Verhandlungen beim Reichspräsidenten, die sich bis in die Nacht hineinzogen, fand ergebnislos verlaufen. Die Hoffnung, daß die große Koalition als Basis für die neue Regierung zustande kommen werde, ist bis auf weiteres wiederum gescheitert. In der Konferenz beim Reichspräsidenten wurde nach einer gemeinsamen Formel für die vier Parteien — Deutsche Volkspartei, Demokraten, Zentrum und Sozialdemokraten — gesucht. Man glaubte, sie in einem Schreiben an die Regierungen der Entente zu finden, in dem der diesen Entäußerung der Reichsregierung Ausdruck gegeben werden sollte, daß unsere Gegner nun dem neuen Diktat geschritten seien. Dieses stelle eine ungeheuerliche Ungerechtigkeit dar und eine schwere Verletzung des Friedensvertrages, gegen die die Reichsregierung ausdrückliche Verwahrung einlegen müsse und in einer Denkschrift an den Botschafterrat noch ausführlich widerlegen werde. Darin sollte gesagt werden, daß das Reich keine Mittel habe, um den neuen Gewaltspruch abzuwehren, und unter scharf formulierter Verwahrung sollte die Frage der Entsendung von Kommissaren erörtert werden. Die Deutsche Volkspartei hat indessen noch in der Nacht in einem Briefe an den Reichspräsidenten Ebert ablehnend geantwortet, da ihr die durch die Rechtsverwahrung geschaffenen Sicherheiten noch nicht ausreichend genug erschienen. Die Sozialdemokraten schienen nicht grundsätzlich ablehnen zu wollen. Die Deutsche Volkspartei hate außerdem gesagt, daß im jetzigen Augenblick die große Koalition über nicht genügende Festigkeit verfügen werden und daß die Gefahr bestehen, daß die Entente schließlich doch die deutsche Zustimmung erpressen könnte. Heute vormittag sind nun beim Reichspräsidenten neue Verhandlungen im Gange, die anscheinend darauf hinzielen, eine Regierung auf der Basis der bisherigen Koalition zustande zu bringen.

Gegen 1 Uhr kamen die Unterhändler der drei Parteien zurück. An den Besprechungen beim Reichspräsidenten hatte auch der bisherige Reichskanzler Dr. Wirth teilgenommen. Gegenstand der Beratungen war der Brief der Deutschen Volkspartei. Man hatte eine zweite Formel fixiert, die bestimmte Forderungen der Sozialdemokraten in Worte fassen sollte und auf scharfen Widerspruch stieß. Es fragt sich nun, ob die Demokraten sich trotz ihrer gestrigen Stellungnahme heute schon bereit finden lassen, die sogenannte kleine oder bisherige Koalition doch einzumachen. Darüber schweben in den ersten Nachmittagsstunden erneute Verhandlungen.

* * *

Die „Nationalliberale Korrespondenz" schreibt: „Die Fraktion der Deutschen Volkspartei nahm gestern abend zu den Verhandlungen beim Reichspräsidenten Stellung. Die Fraktion beschäftigte sich dabei vor allem erneut mit der Haltung, die von einer nur sich bildenden Regierung gegenüber der oberschlesischen Frage eingenommen werden soll. Die Fraktion hat in der oberschlesischen Frage unverrückt an dem Standpunkt festgehalten, daß die Entsendung eines Kommissars zu den Wirtschaftsverhandlungen nach dem Vorklaut der Mantelnote die Anerkennung der oberschlesischen Entscheidung in sich schließe, und daß daran auch durch eine Rechtsverwahrung nichts geändert werde. Die Fraktion war der Auffassung, daß Regierung und Reichstag unter diesen Umständen deutlich erklären müßten, daß sie die Bedingungen der Entente, die uns deutsches Land entreißen und selbst in dem uns verbleibenden Oberschlesien die deutsche Souveränität teilweise aufhebe, nicht annehmen können, und daß dies gegenüber der Entente klar zum Ausdruck gebracht werden müsse.

In den Verhandlungen beim Reichspräsidenten zeigten sich aber in der Behandlung dieser Frage weitgehende Meinungsverschiedenheiten. Der Versuch, für die an der Verhandlung beteiligten Fraktionen eine Einigungsformel zu finden, führte nicht zu einem Ergebnis, das von der Deutschen Volkspartei als ihrem Standpunkte entsprechend angesehen werden konnte. Die Fraktion kam infolgedessen einmütig zu der Ueberzeugung, daß eine Grundlage für ein dauerndes einmütiges Zusammenarbeiten der für die große Koalition in Aussicht genommenen Parteien derzeit nicht gegeben sei. Wenn der Standpunkt der Deutschen Volkspartei Anerkennung finde, müsse damit gerechnet werden, daß die Entente unter Umständen durch Zwangsmaßnahmen Deutschland zur offiziellen Anerkennung der oberschlesischen Entscheidung zu bringen versuche. Alle Parteien, welche die neue Regierung bilden, müßten dann entschlossen sein, diesen Zwangsmaßnahmen gegenüber Widerstand zu leisten. Diese Auffassung der Deutschen Volkspartei wird aber nicht von allen Parteien geteilt, die für die neue Regierungsbildung in Betracht kommen, und deshalb bestehe die Gefahr, daß ein jetzt gebildetes Kabinett selbst wenn man sich über die Formel der oberschlesischen Frage einige, in kurzer Zeit wieder zusammenbrechen könnte, sobald Differenzen über diese Frage entstünden. Angesichts dieser Sachlage kann sich die Deutsche Volkspartei an der Regierungsbildung nicht beteiligen.

Dieser Vorschlag bedeutet aber

keineswegs eine Absage an den Gedanken der großen Koalition,

dem zuletzt die Fraktion in den stattgehabten Verhandlungen bis gur Grenze des möglichen nach einer Verständigung gesucht hat. Sie betrachtet jedoch die an sich bedeutsamen Fragen der inneren Politik, die bei einer Koalition zu berücksichtigen waren, nicht vom Standpunkte einseitiger Parteipolitik, sondern von dem Standpunkte aus, daß hierüber eine Verständigung unter allen Umständen gesucht werden müsse. So hat die Fraktion bei den vorangegangenen Verhandlungen selbst weitgehende Vorschläge für Besitz- und Spekulationssteuern gemacht, um dadurch eine Einigung in der Steuerfrage herbeizuführen. Alle diese Gesichtspunkte aber müßten zurücktreten, wenn es sich um die oberschlesische Frage handelt. Hier geht es um mehr als Spaa, hier geht es um mehr als beim Ultimatum, denn jetzt handelt es sich nicht um Kohlenlieferungen oder um Goldleistungen, sondern es handelt sich um deutsches Volk und deutsches Land. Wenn wir diese Vergewaltigung mitmachen oder unmittelbar hinnehmen, dann ist das Ende dessen, was man uns noch weiter an Unrecht und Gewalt antut, nicht abzusehen.

Deshalb konnte die Deutsche Volkspartei in dieser Frage nur einer Formel zustimmen, die die Ablehnung deutlich aussprach und mußte sich, nachdem diese Formel in diesem Sinne nicht gefunden wurde, von den Verhandlungen zurückziehen.

Amerika für Wirth.

London, 24. Oktober.

Einer Washingtoner „Exchange"-Meldung zufolge hofft man in amerikanischen Regierungskreisen, daß Reichskanzler Wirth wieder die Führung der deutschen Regierung übernimmt. Man bedauert den Rücktritt, da Wirth als aufrichtiger fähiger Politiker angesehen wird, der bestrebt sei, dem Argwohn und Mißtrauen der Welt gegen Deutschland ein Ende zu machen.

„Manchester Guardian" schreibt zu dem Rücktritt der deutschen Regierung, die britische Regierung habe die Forderung Deutschlands nach dem gesamten oberschlesischen Industriebezirk unterstützt, und Dr. Wirth habe alles auf die endgültige Anerkennung der deutschen Forderung gesetzt. Seine Hoffnung hat sich nicht erfüllt; er sei daher zurückgetreten. Die Regierung Wirth sei von den Alliierten nicht besser behandelt worden, als eine deutsche Regierung behandelt worden wäre, die Ludendorff an der Spitze gehabt und versucht hätte, den früheren Kaiser wieder nach Deutschland zu schmuggeln und sich den Reparationsforderungen zu entziehen. Die Besetzung Düsseldorfs und anderer deutscher Städte werde aufrechterhalten.

„Westminster Gazette" schreibt, der deutschen Regierung sei keine Möglichkeit gegeben worden, sich zu festigen und Zufriedenheit zu erzeugen. Der deutschen Republik sei eine unerträgliche Last aufgebürdet worden, und sie sei durch den unaufhörlichen Druck fortwährend in den Augen des deutschen Volkes herabgesetzt worden. „Westminster Gazette" fordert eine Erleichterung der Lage für Deutschland durch Abänderung der unmöglichen Reparationsforderungen, da dies die einzige Bürgschaft gegen eine Reaktion von monarchistischer oder auch von revolutionärer Seite sei.

Vor den badischen Landtagswahlen.

Man schreibt uns aus Baden:

Der erste Landtag der badischen Republik ist am 7. Oktober geschlossen worden. Während in den anderen Freistaaten nach den Reichstagswahlen im Juni 1920 ebenfalls Neuwahlen stattgefunden haben, um die Veränderungen in der Parteistärke auch in den Einzellandtagen zum Ausdruck zu bringen, glaubte man in Baden, daß eine Notwendigkeit zu Neuwahlen und zu einer Revision der bisherigen Politik nicht vorhanden sei, weil die regierenden Parteien, Zentrum, Sozialdemokratie und Demokratie bei den letzten Reichstagswahlen immer noch 68 Prozent aller abgegebenen Stimmen erhielten, allerdings unter starken Verlusten gegenüber dem Jahre 1919, wo 92 Prozent aller Stimmen auf die drei Regierungsparteien entfielen.

Will man sich ein Bild von den augenblicklichen Stärkeverhältnissen der Parteien in Baden machen, will man die Entwicklung seit 1920 übersehen, um Schlüsse für die bevorstehenden Wahlen zu ziehen, so muß man die badischen Ergebnisse der Reichstagswahlen von 1919 und von 1920 vergleichen. Dabei kann man von der Voraussetzung ausgehen, daß die Kräfte, die auf den Ausfall der letzten Reichstagswahlen bestimmend wirkten, auch jetzt noch wirksam sind, ja man kann annehmen, daß die Kräfte heute noch stärker auf die Stimmungsbildung der Wählerschaft drücken.

Den empfindlichsten Verlust haben im Jahre 1920 in Baden wie überall im Reiche die Mehrheitssozialdemokratie und die Demokratie erlitten. In Baden konnten beide Parteien nur ein geringes mehr als die Hälfte der Stimmen erzielen, die sie im Jahre 1919 erhalten hatten. Die Demokratie verlor die größten Teil ihrer Wähler an die Deutsche Volkspartei, die im Jahre 1920 zum ersten Mal in Baden ins politische Leben eintrat, die Mehrheitssozialdemokratie mußte Stimmen an die Unabhängigen und Kommunisten, zum Teil auch an bürgerliche Parteien abgeben. Wie überall so war auch in Baden ein auffallender Ruck nach rechts eingetreten. Die Deutschnationalen und die Deutsche Volkspartei konnten 1920 gegenüber dem Jahre 1919 die Zahl ihrer Wähler um 125 Prozent vermehren. Beide Parteien zusammen erhielten rund 19 Prozent aller Stimmen. Prozentual ergaben sich im Jahre 1920 in Baden für die einzelnen Parteien folgende Ziffern: Deutschnationale 12 Prozent, Deutsche Volkspartei: 6,8 Prozent, Zentrum: 36,4 Prozent, Demokratie: 12,8 Prozent, Mehrheitssozialdemokrate 21 Prozent, Unabhängige: 10,9 Prozent, Kommunisten 1,5 Prozent.

Wie schon oben gesagt, ist die Stimmungsumbildung, die sich vom Jahre 1919 zum Jahre 1920 vollzog auch heute noch in der gleichen Richtung im Fluß. Und man darf annehmen, daß die Gründe, die im Jahre 1920 den Wähler veranlaßten, seine Stimme dieser oder jener Partei zu geben, ihn auch bei den Wahlen zum Landtag führen werden. Es ist kaum anzunehmen, daß jemand, der beispielsweise bei der Reichstagswahl volksparteilich gewählt hat, bei den Landtagswahlen demokratisch wählt, weil er vielleicht die Tätigkeit der badischen Demokratie anders einschätzt als die Tätigkeit der Demokratie im Reich. Die Reichspolitik bestimmt heute die Stimmung auch bei Wahlen zu den Einzellandtagen. Eine Tatsache, die naturgemäß den Einzellandtagen einen guten Teil ihrer Bedeutung nimmt.

Die Parteien die im Jahre 1920 einen großen Erfolg errungen haben, werden auch diesmal zumindesten ihren Bestand behaupten, wahrscheinlich aber vermehren. Die badische Demokratie hat einen schweren Kampf zu bestehen. Ihre Anhänger sehen mit größter Sorge dem Tage der Wahl entgegen. Die Demokratie trägt nun einmal — teils schuldig teils unschuldig — die Kosten des Stimmungsumschwunges. Sicher hat die Demokratie manchen Fehler begangen — welche Partei begeht keine Fehler — in der Hauptsache leidet sie unschuldigerweise unter dem Stimmungsumschwung, der mit Naturnotwendigkeit als Folge der Entäußerungen der letzten Jahre kommen mußte. Da ihre Wählerschaft nicht so diszipliniert ist wie die sozialistischen und die Zentrumswähler, so konnte sie die Abwanderung in die Reihen der Opposition nicht aufhalten. In Baden ist vielleicht noch auf einen Fehler hinzuweisen, der der Demokratie sehr geschadet haben dürfte: durch ihre Anlehnung an die mittelstandsfeindliche Sozialdemokratie hat sie den Mittelstand, der in Baden eine große Rolle spielt, vor den Kopf gestoßen. Es ist möglich, daß diesmal das Stimmenverhältnis zwischen Volkspartei und Demokratie wechselt, daß die Volkspartei auf etwa 12 Prozent Stimmenanteil steigt, und die Demokratie nur noch 6 bis 7 Prozent erhält.

Das Interesse, das der Kampf zwischen Volkspartei und Demokratie beanspruchte, erweckt auch die Auseinandersetzung zwischen Mehrheitssozialdemokratie einerseits und Unabhängige und Kommunisten andererseits. Die Mehrheitssozialdemokratie hat im Jahre 1920 rund 15 Prozent von den Stimmen des Jahres 1919 verloren. Die Aussichten der sozialistischen Parteien sind schwierig zu beurteilen. Auch die Stimmung der sozialistischen Wähler ist ganz von der Reichspolitik abhängig. Die anfänglich günstige Stellung der Mehrheitssozialisten gegenüber den Unabhängigen ist in den letzten Wochen erschüttert worden. Versuche, eine gemeinsame sozialistische Front herzustellen, sind gescheitert. Der Beschluß von Görlitz, gegebenenfalls mit der Deutschen Volkspartei in die Regierung eingetreten, gibt den Unabhängigen eine Waffe in die Hand, die sie auch bei den badischen Wahlen rücksichtslos handhaben. Die starke Opposition innerhalb der Mehrheitssozialdemokratie gegen den Beschluß von Görlitz führt den Unabhängigen neue Kräfte zu. Zugute kommt der Mehrheitssozialdemokratie, daß der Charakter des badischen Volkes an sich nicht zu Extremen neigt, sodaß auch dem Linksradikalismus nicht so leicht die Herzen zufliegen.

Das Zentrum wird seinen Bestand behaupten, denn es stützt sich besonders in Baden auf eine Wählerschaft, die vom erregten politischen Meinungsstreit im allgemeinen fernbleibt und gern an einer einmal gefaßten Meinung festhält. Die badischen Zentrumswähler wohnen zum größten Teil auf dem Lande und in den kleinen Städten, ebenso die Wähler der Deutschnationalen, die ebenfalls ihre Stärke behalten werden.

Zum ersten Mal greifen auch Interessengruppen direkt in den Wahlkampf ein. Der Landbund, dessen Gründung von Nordeutschland ausgeht, hat eigene Kandidaten aufgestellt. Immgenemm wird seine Agitation wohl hauptsächlich vom Zentrum empfunden. Eine andere Interessengruppe ist die Mittelstands-

---

Prag, 24. Oktober.

Der italienische Gesandte in Prag erschien heute beim Ministerpräsidenten Dr. Benesch und übergab ihm eine eine amtliche Erklärung des italienischen Außenministeriums, in der Marchese della Torretta mitteilt, daß er mit Dr. Beyesch gleicher Ansicht sei über die Wichtigkeit eines gemeinsamen energischen Vorgehens gegenüber den Ereignissen in Ungarn. Die Gemeinsamkeit stütze sich allein auf den Vertrag, der die beiden Völker verbinde, sondern sei auch durch die beiderseitigen Interessen diktiert.

Karls Wortbruch.

Bern, 24. Oktober.

Der Bundesrat nahm heute vormittag Stellung zur Rückkehr des Exkönigs Karl nach Ungarn. Das eidgenössische Justiz- und Polizeidepartement wurde beauftragt, durch die Bundesanwaltschaft eine rasche Untersuchung durchführen zu lassen über die Umstände, unter denen sich die Abreise vollzogen hat, wobei sich diese Untersuchung auf Schweizer Personen ausdehnen soll, die sich möglicherweise an dem Unternehmen beteiligt haben.

Wie die Schweizerische Depeschenagentur meldet, hat der Bundesrat einstimmig das Verhalten und den Wortbruch des Exkaisers Karl verurteilt. An eine Rückkehr in die Schweiz könne nicht mehr gedacht werden.

Amerikas Desinteressement.

Paris, 25. Oktober.

Nach einer Meldung der „Chicago Tribune" aus Washington hat das Staatsdepartement gestern erklärt, daß es an den Vorgängen in Ungarn nicht interessiert sei.

Annahme der Genfer Entscheidung durch Polen.

TU Warschau, 25. Oktober.

In der letzten Ministerratssitzung wurde der Text einer Note festgelegt, die der polnische Gesandte in Paris Zamoiski dem Ministerpräsidenten Briand überreichen soll und worin Polen die Annahme der Genfer Entscheidung des Obersten Rates ausspricht.

* *

Paris, 25. Oktober.

Nach einer Blättermeldung aus Warschau ist der jetzige polnische Oberkommissar in Danzig, Plocinsky, der ehemalige Staatssekretär im Ministerium des Innern, zum Vertreter Polens bei den wirtschaftlichen Verhandlungen über Oberschlesien bestimmt worden. Die polnische Regierung hat die Beschlüsse von Genf über Oberschlesien angenommen.

Polnische Truppenansammlungen an der oberschlesischen Grenze.

TU Rosenberg, 25. Oktober.

An der den Städten Lublinitz und Tarnowitz gegenüber liegenden polnischen Seite sind in den letzten Tagen weitere Truppen aus Kongreßpolen eingetroffen. Hiesige Polen gehen in großen Massen über die Grenze, um dort mit Militärmusik und großem Jubel begrüßt zu werden. In Preußisch-Herby wurden kürzlich 5 polnische Offiziere von den Engländern verhaftet, nach kurzer Verhandlung aber wieder freigelassen.